

„Ein langer Kampf der Frauen um Gleichberechtigung innerhalb der SPD und in der Gesellschaft“

von Christa Naaß, MdL

Die SPD begeht heute ihr 144jähriges Bestehen. Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig die selbständige politische Partei von Lasalle unter dem Namen "Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" gegründet.

Ferdinand Lasalle forderte: "Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort der Männer dieser Partei machen ..."

Dieser Jahrestag sollte Anlaß sein, uns auch darüber Gedanken zu machen, welchen Stellenwert die Frau in diesen 144 Jahren in der Gesellschaft, aber auch in der SPD eingenommen hat.

August Bebel war der erste Mann in Deutschland, der das Ausmaß der Frauenunterdrückung bereits 1879 offen beschreibt und die Wurzeln aufdeckt: **"Viele behaupten sogar, es gäbe keine Frauenfrage, denn die Stellung, welche die Frau bisher eingenommen habe und auch in Zukunft einnehmen solle, sei durch ihren "Naturberuf", der sie zur Gattin und Mutter bestimme und auf die Häuslichkeit beschränke, gegeben."** Bebel schrieb damals das Buch: "Die Frau und der Sozialismus" auch, um den eigenen Leuten, den Sozialisten, die Frauenfrage klarzumachen. Es gab nämlich innerhalb der Arbeiterbewegung eine starke und lautstarke Fraktion, die den Sozialismus als Männersache von Anfang an ansah.

1865: Auf dem 3. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine fordern Bebel und Moritz Müller die Gründung von Arbeiterinnenvereinen und die freie Zulassung der Frauen zu allen Berufen.

1866: Auf dem Kongreß der "Internationalen Arbeiter-Association" in Genf wendet sich Karl Marx scharf gegen die Forderung der Gewerkschaften nach einem Verbot der Frauenarbeit und verlangt statt dessen gesetzlichen Schutz für arbeitende Frauen.

Wie kamen aber die Gewerkschaften und auch 1863 Lasalle dazu, in der Zeit, in der einige Männer die Frauenfrage langsam aufgreifen, dazu, zu fordern "Schluß mit der Frauenarbeit"?

Die Arbeit war knapp um diese Zeit. Die Industrialisierung beginnt; es gibt mehr Interessenten als Arbeitsplätze. Die Fabrikanten nutzen diese Situation gnadenlos aus. Sie stellten Frauen und Kinder an die Maschinen, entlassen Männer, zahlen den Frauen ein Drittel der Männerlöhne. Die Frauen werden benutzt, die Löhne bis unter die Hungergrenze zu drücken und die Arbeitsbedingungen für alle nur zu verschlechtern.

Bebel fordert deswegen:

"Die Frau muß ökonomisch unabhängig sein, um es körperlich und geistig zu sein, damit sie nicht mehr von der Gnade und dem Wohlwollen des anderen Geschlechtes abhängig ist.

Zwei Dinge waren für Bebel wichtig!

- Erstens müssen die Frauen aufgeklärt werden über das Ausmaß ihrer Unterdrückung, sich dieses Unrechtzustandes bewußt werden.
- Zweitens müßten sie über so viel Bewegungsfreiheit, sprich Unabhängigkeit, verfügen, daß sie eine Bewegung bilden können, die die alten Zustände verändert.

Diese Bebel-Idee war natürlich eine Marx-Engels-Idee, aber es war Bebel, der sie theoretisch aufgearbeitet hat und praktisch in seiner Politik von Anfang an unbeirrt vertrat.

1869: Auf dem Arbeiterkongreß in Eisenach gründen Bebel und Liebknecht die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands" und fordern die Gleichberechtigung der Frauen in der Parteiorganisation mit Sitz und Stimme und das Frauenwahlrecht

1875 Auf dem Arbeiterkongreß in Gotha schließen sich die Lasalleaner und die Eisenacher zur "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" zusammen.

Bebel stellt den Antrag, unter die dringlichsten Forderungen der neuen Partei das Wahlrecht gleichermaßen für Männer wie Frauen aufzunehmen. Sein Antrag unterliegt mit 55 zu 62 Stimmen.

1877 Bei den Reichstagswahlen erreicht die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" 12 Abgeordnetensitze. Die Abgeordneten Auer und Bebel bringen erstmals einen Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzantrag im Reichstag ein.

1878 Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1878 hatten die Öffentlichkeit erregt. Obwohl keinerlei Verbindung zur SPD nachzuweisen war, benutzte Bismarck diesen Anlaß, um gegen linke Organisationen einzuschreiten.

Das Sozialistengesetz wurde erlassen. Bismarck ließ 332 Vereinigungen auflösen, 1299 Druckschriften verbreiten, 831 Jahre Gefängnis verhängen und 839 Personen des Landes verweisen.

Behördenschikane und Polizeiwilkkür schufen über 12 Jahre hinweg ein sozialistisches Märtyrertum, das der SPD und den Gewerkschaften damals aber viel Sympathie und zahlreiche neue Anhänger zutrug.

1883 Der Verein der Mantelnäherinnen wird in Berlin gegründet, die 1. Frauengewerkschaft in Deutschland. Arbeiterinnenvereine entstehen in Düsseldorf, Frankfurt, Mainz, Gera und Halle.

Einen unersetzlichen Verlust erlitt die internationale Arbeiterbewegung durch den Tod von Karl Marx am 14.03.1883.

1885 Gertrud Guillaume-Schack gründet innerhalb eines Jahres 16 Arbeiterinnenvereine.

1886 Die 1. Arbeiterinnenzeitung erscheint unter dem Namen "Die Staatsbürgerin".

Es kam also Bewegung in die Frauen. Und zwar durch Frauengruppen ausgelöst und erstmals auf Frauengruppen beschränkt, denn in den Männerversammlungen der Arbeiter waren die Frauen nicht gerne gesehen. Da die Frauen keine politischen Rechte hatten, durften sie auch keine politischen Versammlungen besuchen.



Karikatur zum Verbot des Frauenstimmrechtsvereins
Bild: Fotoarchiv Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv (ehem. Archiv des Renner-Instituts)

1890 Bei den Reichstagswahlen vom 20.02.1890 bekamen die Sozialdemokraten 1,4 Mill. Stimmen, das Sozialistengesetz fällt und am 1. legalen Parteitag, der stattfindet, wird die Gleichberechtigung der Geschlechter auf allen Gebieten zur Kampfparole erhoben. Die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" bringt die Frauenfrage voran:

- Frauenbücher werden veröffentlicht
- Frauengesetze eingebracht
- Frauenarbeit unter Tage verboten
- 11-Stunden-Arbeitstag verboten
- Bezahlter Mutterschaftsurlaub 4 Wochen nach der Entbindung
- Frauenzeitschriften erscheinen

Der 1. Kongreß der Freien Gewerkschaften beschließt die Aufnahme von Frauen.

1891 Auf dem Erfurter Parteitag wurde folgendes beschlossen:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Wahlen und Abstimmungen.
2. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau im öffentlichen und privatrechtlichen Bereich gegenüber dem Manne benachteiligt.

Das Erfurter Programm wurde nach einer Rede von K. Liebknecht einstimmig vom Parteitag angenommen.

1894 **Parteitag in Frankfurt:** Ottilie Bader wird zur Zentralvertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands bestellt.

1895 **Resolution zum Frauenwahlrecht:** Die Frauen fordern die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie die Männer und besonders die Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Diese von der Berliner Frauenagitationskommission erarbeitete Resolution wurde am 05. und 06. Februar 1895 in vier überfüllten Volksversammlungen einmütig beschlossen. Sie wurde dann von der sozialdemokratischen Fraktion im gleichen Monat im Deutschen Reichstag eingebracht - aber mehrheitlich abgelehnt.

1896/97 **Zeit der ersten Frauenstreiks**

Konfektionsarbeiterinnen in Berlin und Frauenrechtsvereine und Gewerkschaften kämpfen gemeinsam.

In der kleinen Stadt Neu-Isenburg bei Frankfurt streikten 208 Wäscherinnen und Büglerinnen sieben Wochen lang.

Die Streikforderung nach Minimallohn, Bezahlung der Überstunden und geregelte Arbeitszeit wurden durchgesetzt.

Das Emanzipationspotential, auf das Bebel gesetzt hatte, erwies sich als tatsächlich vorhanden. Drei Schlagworte dieser Zeit hießen:

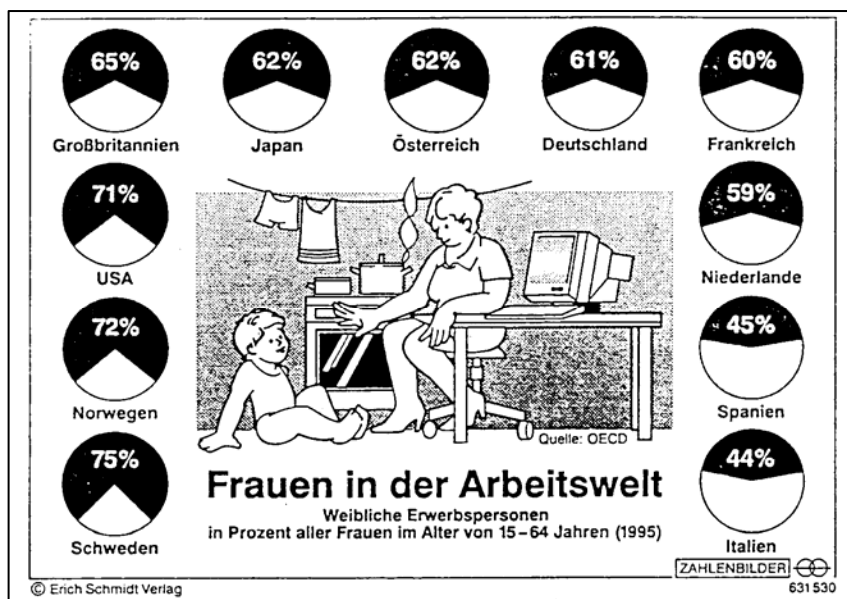
- Von Frauen vorgeschlagen!
- Gemeinsam erkämpft!
- Durchgesetzt!

Zahl der Erwerbstätigen

1882:	60,57 %	der männl. Bevölkerung
	24,02 %	der weibl. Bevölkerung
1895:	61,13 %	der männl. Bevölkerung
	24,96 %	der weibl. Bevölkerung

Vergleich zu heute:

1950:	31,4 %	der weibl. Bevölkerung (im erwerbsf. Alter)
1960:	33,4 %	der weibl. Bevölkerung (im erwerbsf. Alter)
1970:	30,2 %	der weibl. Bevölkerung (im erwerbsf. Alter)
1975:	31,1 %	der weibl. Bevölkerung (im erwerbsf. Alter)
1987:	39 %	der weibl. Bevölkerung (im erwerbsf. Alter)
1995:	61 %	der weibl. Bevölkerung (im erwerbsf. Alter)



Bebel: "Die Frauenarbeit hat somit einen solchen Umfang, eine solche Bedeutung gewonnen, die die lächerliche Hohlheit des Philistersprüchleins erweisen: "Die Frau gehört ins Haus".

"Die Bezahlung der Frauen ist in fast allen Bereichen erheblich niedriger als jede der Männer bei gleicher Arbeitszeit. Im allgemein verdient eine Frau ein Drittel oder die Hälfte des Wochenlohnes des Mannes."

Wie schaute es am Ende des 19. Jahrhunderts mit den Löhnen aus?

	Niedere	Mittlere	Hohe
Wochenlohn:	bis 15 Mark	15 bis 24 Mark	über 24 Mark
Alle Arbeiter	29,8 %	49,8 %	20,4 %
Männliche	20,9 %	56,2 %	22,9 %
Weibliche	99,2 %	0,7 %	0,1 %

Es gab damals Verdienste in 3 Klassen, wobei in der untersten Klasse 99,2 % der erwerbstätigen Frauen waren.

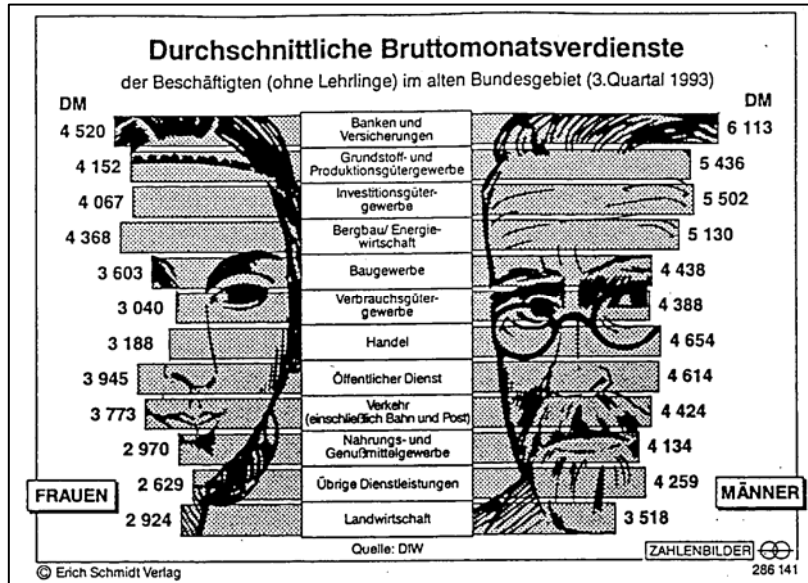
Vergleich zu heute:

Das war die Situation der damals fast schon 7 Mill. Frauen und Mädchen, die berufstätig waren: Hart arbeitend, schlecht bezahlt, als Reservearmee der Industrie eingesetzt, Konkurrentin des Mannes am Arbeitsplatz, doppelt und dreifach belastet und ausgenutzt.

Gewerkschaftlich organisiert waren damals nur 26 %:

- Es bestand Widerwille, überhaupt Frauen aufzunehmen (1890)
- Frauen fehlte Kraft und Zeit, sich beharrlich und erfolgreich bei dieser Männerorganisation einen festen Platz zu verschaffen.

Die Frauenfrage blieb ein Tagesordnungspunkt für Männer.



1903

Auf der 2. sozialdemokratischen Frauen-Reichskonferenz wird gefordert:

- Arbeiterinnen- und Mutterschutz
- Politische Gleichberechtigung

Der Kampf der Frau um Bildung

1906

Die SPD gründet die Parteischule in Berlin und beruft Rosa Luxemburg als Dozentin

Bebel: "Die Frauen wollen nicht bloß ihre Kräfte auf dem gewerblichen und industriellen Gebiet mit jenen des Mannes messen, sie wollen nicht nur eine freiere, unabhängigere Stellung in der Familie einnehmen, sie wollen auch ihre geistigen Fähigkeiten in höheren Lebensstellungen und im öffentlichen Leben verwerten."

Heute haben die Frauen zwar vermehrt höhere Bildungsabschlüsse, aber sind sie auch mehrheitlich in den Berufen vertreten, bei denen höhere Bildungsabschlüsse vorausgesetzt werden?

Wir haben zwar mehr Mädchen, die das Gymnasium besuchen. Aber finden wir diesen Anteil der Frauen auch bei den Studierenden?

Gehen wir weiter in der Geschichte:

1907

1. Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart. Clara Zetkin, die Chefredakteurin des "Wochenblattes" wird Internationale Sekretärin

<p style="text-align: center;">Clara Zetkin</p> <p>Die führende Theoretikerin, politische Kämpferin und radikale Sozialistin Clara Zetkin-Eißner (1857-1933) war für die Entwicklung der feministisch-sozialistischen Position verantwortlich, welche zuerst von der deutschen sozialistischen Partei und anschließend von der sozialistischen Frauen-Internationalen akzeptiert wurde, eines von ihr gegründeten und geleiteten lockeren Bündnisses. Die Tochter einer Hausfrau und eines Lehrers war eine der ersten deutschen Frauen, die eine offizielle Ausbildung zur Lehrerin erhielten, nämlich am Seminar von Auguste Schmidt, die 1865 auch eine gemäßigte Frauenrechtsbewegung ins Leben gerufen hatte. In den späten 1870er Jahren begegnete Clara Zetkin russischen Exilrevolutionären in Leipzig und wurde Sozialistin. Sie trat 1881 in die Partei ein und verliebte sich im folgenden Jahr in Ossip Zetkin. [...] Nach 1882 lebte das Paar im Pariser Exil als Teil der internationalen sozialistischen Gemeinde. [...]</p> <p>Da sie selbst durch bittere eigene Erfahrung das schwierige Leben der Frauen der Unterschicht kennengelernt hatte, erklärte Zetkin - zuerst als Repräsentantin der Arbeiterinnen am Kongreß der Zweiten Internationale von 1889, später im gleichen Jahr in ihrem einflußreichen Pamphlet "Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart"-, daß Sozialismus und Feminismus</p>	<p>eng verbunden seien. In Erweiterung der These von Marx, Engels und Bebel, daß die außerhäusliche Arbeit schließlich zur Befreiung der Frauen führen werde, fügte Zetkin ihre feministische Ansicht an, daß die Frauen auch an der männlichen Vormacht litten. [...]</p> <p><i>Bonnie S. Anderson/Judith P. Zinsser, Eine eigene Geschichte. Frauen in Europa, Band 2, Zürich 1993, S. 466 ff.</i></p> <p>Von 1891-1916 leitete sie die Redaktion der sozialistischen Frauenzeitschrift "Die Gleichheit"; bis 1919 redigierte sie die Frauenbeilage der "Leipziger Volkszeitung". [...] Ihre anfänglich führende Stellung in der Zentrale der KPD verlor sie bereits 1921, ohne daß dadurch ihr Aufstieg in der Hierarchie der Kommunistischen Internationale unterbrochen wurde. Obwohl während der ganzen Dauer der Weimarer Republik in den Deutschen Reichstag gewählt, lebte sie von 1924 an in Moskau, wo sie das Frauensekretariat der III. Internationale leitete. Als Gegnerin Stalins geriet sie, obschon immer wieder Gegenstand offizieller Ehrungen, in vollständige politische Isolierung. Die Ursache ihres Todes ist umstritten.</p> <p><i>Fischer Lexikon, Geschichte in Gestalten IV. Hans Herzfeld, Frankfurt 1963, S. 308</i></p>
--	---

1908

Es gibt ein neues Reichsvereinsgesetz in Deutschland
- die Frauen dürfen nun politische Versammlungen abhalten und politische Vereine gründen.

1909

Luise Zietz wird daraufhin als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen in den Parteivorstand aufgenommen

1910

Gründung der "Sozialistischen Frauen-Internationale". Antrag von Luise Zietz, jährlich einen Frauentag durchzuführen, hatte Erfolg.

19.03.1911

Am **1. Internationaler Frauentag** treffen sich 45 000 Frauen in Berlin.
Motto: "Her mit dem Frauenwahlrecht!"

Sie forderten nicht nur das Frauenwahlrecht, sondern auch gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Verbesserungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Auf diesem Frauentag schlugen die Frauen Töne an, die die Männer offensichtlich verschreckten:

"Die etwa 10 Mill. Frauen, die im gesellschaftlichen Produktionsprozeß tätig sind, die Millionen Frauen, die als Mütter Gesundheit und Leben auf Spiel setzen, die als Hausfrauen die schwersten Pflichten übernehmen, erheben mit allem Nachdruck Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Frauen fordern das Wahlrecht, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und

Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, die erst das volle Menschentum dem Weibe verbürgt.

Damit gewinnt die Frage des Frauenstimmrechts erhöhte Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats.

Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, die jederzeit den Kampf für die volle politische Gleichberechtigung des Weibes geführt hat und führt."

Wie sieht es aus mit der politischen Macht?

- 1912** Letzte Reichstagswahlen vor dem 1. Weltkrieg
Die Sozialdemokraten ziehen mit 110 Abgeordneten in den Reichstag. Alles Männer, denn Frauen hatten ja noch kein Stimmrecht, kein aktives und passives Wahlrecht.
- 13.08.1913** starb August Bebel, Nachfolger in der Parteiführung Friedrich Ebert
- 1914** Die SPD hat 1 085 000 Mitglieder, davon weiblich 175 000
- 1917** Die Deutsche Sozialdemokratie spaltet sich. Prominente politische Frauen wie Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Luise Zietz gehen alle drei zum radikalen Flügel, zur USPD (Unabhängige Sozialisten der Partei Deutschlands). Diese Sozialistinnen hatten kein Verständnis für die sozialdemokratischen Männer im Reichstag, die 1914 die Kriegskredite bewilligten.
- 1918** Nach dem Krieg - werden neue Verfassungen ausgearbeitet.
Die Frage der politischen Recht der Frauen steht nun an.
- 12.11.1918** Die Frauen erhielten durch Erlaß der neuen Regierung, des Rates der Volksbeauftragten (SPD und USPD) das aktive und passive Wahlrecht. Im Art. 109 der Weimarer Verfassung heißt es nun: "**Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.**"
- 30.12.1918** Gründung des Spartakusbundes - Programm von Rosa Luxemburg verfaßt
- 15.01.1919** **Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden verhaftet und auf bestialische Weise umgebracht.**
- 19.01.1919** **Frauen dürfen zum 1. Mal wählen: 9.6 % Frauen im Parlament**
Der Sieg 1919, die sensationell hohe Beteiligung der Frauen im 1. Parlament nach dem Weltkrieg war nur ein scheinbarer Sieg. In dem historisch so unerhört wichtigen Augenblick der formalen politischen Gleichberechtigung war die sozialistische Frauenbewegung ihrer Köpfe beraubt.
Es kamen vorwiegend Frauen ins Parlament, die dem Männerbund paßten.
- Marie Juchacz wird Parteivorstandsmitglied der SPD für Frauenfragen.
Sie gründet im Dezember die Arbeiterwohlfahrt.

<p>Erste Parlamentsrede einer Frau am 19. Februar 1919</p>	<p>was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten werden wird, daß es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau. [...]</p> <p>Durch die politische Gleichstellung ist nun meinem Geschlecht die Möglichkeit gegeben zur vollen Entfaltung seiner Kräfte. Mit Recht wird man erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen können und von der Souveränität des ganzen Volkes. Durch diese volle Demokratie ist aber auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Politik in Zukunft kein Handwerk sein soll. Scharfes, kluges Denken, ruhiges Abwägen und warmes menschliches Fühlen gehören zusammen in einer vom ganzen Volke gewählten Körperschaft, in der über das zukünftige Wohl und Wehe des ganzen Volkes entschieden werden soll.</p> <p>Aber damit berauben wir uns nun keineswegs des Rechts, andersgeartete Menschen, weibliche Menschen zu sein. Es wird uns nicht einfallen, unser Frauentum zu verleugnen, weil wir in die politische Arena getreten sind und für die Rechte des Volkes mitkämpfen. [...]</p> <p><i>„Die erste Parlamentsrede einer Frau In Deutschland, in „Die Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, Nr. 12 vom 14. März 1919, S. 1.</i></p>
---	--

- 1930** Die Reichstagswahl vom 14.09.1930 hatte das Gesicht des Reichstages völlig verändert. Die Große Koalition, die aus Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Bayer. Volkspartei und Deutsche Volkspartei gebildet war und 21 Monate lang regierte, hatte mit rund 300 Mandaten eine sichere Mehrheit. Im neuen Reichstag bestand diese Koalitionsmöglichkeit nicht mehr. Die SPD-Fraktion bildete nur noch ein Viertel des Parlaments. Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen, die anstelle der demokratischen Verfassung eine diktatorische Staatsform setzen wollten, stellten allein 225 von 577 Abgeordneten.
- 1931** Letzter Internationaler Frauentag vor der Machteinsetzung des Faschismus mit dem Motto: "Für Sozialismus und Frieden, gegen Naziterror und Krieg". Käthe Frankenthal plädierte für die Möglichkeit einer Abtreibung bei einer medizinischen Indikation und nach einer Vergewaltigung.
- 1933** Für 12 Jahre war es vorbei mit allen demokratischen, auf Selbstbestimmung und Solidarität gerichteten Bestrebungen in Deutschland. In rascher Folge wurde nach 1933 der Zugang der Frauen zu qualifizierten Berufen eingeschränkt. Elisabeth Selbert war 1933 die letzte Rechtsanwältin im Reich. Die Frauen, so wollte es die NS-Ideologie, sollten Mutter sein.

NS-Frauenideologie	
<p>Das nationalsozialistische Frauenbild war im Grunde kein Frauen-, sondern ein Mutterbild: Ein weiblicher Mensch wurde fast nie als ‚Frau‘ gesehen, sondern immer gleich als ‚Mutter‘, denn nach den Vorstellungen der NS-Ideologen war die Frau ein naturbestimmtes Wesen. [...] Wenn Frauen in der NS-Ideologie ausgezeichnet wurden, dann unter der doppelten Reduktion auf die ‚deutsche Mutter‘; denn eine Frau, die keine ‚Deutsche‘ im rassenideologischen Sinn war, wurde nicht als Mensch anerkannt. [...]</p> <p>Auf die Seite der ‚geburtenfördernden‘ Maßnahmen gehören neben rein ‚ideellen Anreizen wie dem Mutterkreuz die Ehestandsdarlehen für junge ‚deutsche‘ und ‚erbgesunde‘ Familien, [...] die starke Einschränkung von Verhütungsmitteln und die Todesstrafe für aktive Abtreibung sowie die ständige Werbung an ‚deutsche‘, ‚erbgesunde‘ Männer und Frauen, Familien zu gründen und viele Kinder zu bekommen.</p> <p>Zu den ‚geburtenverhindernden‘ Maßnahmen gehörten die hunderttausend Zwangssterilisationen und die Zwangsabtreibungen an als ‚erbkrank‘ angesehenen ‚Deutschen‘ und an Jüdinnen und Zigeunerinnen, die Morde an angeblich ‚erbkranken‘ psychisch Kranken, die ‚Nürnberger Rassegesetze und schließlich auch die millionenfachen Morde an den europäischen Juden. [...]</p>	<p>Das Frauen- bzw. Mutterbild des NSKults blieb von der Wirklichkeit der Frauenarbeit weitgehend unberührt. In den Kult-Texten kommt Arbeit von Frauen nur als direkte Arbeit für die Familie vor oder als Ersatzarbeit für den in den Krieg gezogenen Mann. Im letzteren Fall ist die Frau dann allerdings meist Bäuerin und geht statt ihres Ehemanns aufs Feld, übt also eine Arbeit aus, die sich gut mit dem NS-Frauenbild, dessen Ideal die ‚deutsche‘ Bäuerin mit zehn Kindern war, vereinbaren ließ.</p> <p>Erst gegen Ende des Krieges wird in den Reden der ‚Müttererhungsfeiern‘ auch der ‚arbeitenden Frau‘ bzw. der ‚Frau im Rüstungseinsatz‘ gedankt, die natürlich auch dann noch nebenbei viele Kinder bekommen sollte. In den Kult-Texten selbst, in den Liedern und Gedichten der Muttertagsfeiern, kommt Frauenarbeit weiterhin nur als Familienarbeit bzw. als Bäuerinnenarbeit vor. [...]</p> <p>Der NS-Mutterkult war nicht ein Aspekt der NS-Frauenideologie unter anderen, sondern ihr Zentrum, er entsprach der bestimmenden Vorstellung, die die Nazis von (‚deutschen‘ Frauen hatten. [...] Eine Frau, die keine Kinder hatte oder wollte, galt nicht als richtige Frau, deshalb brauchte sie im Kult nicht berücksichtigt zu werden.</p> <p><i>Irmgard Weyrather, Muttertag und Mutterkreuz, Frankfurt/M. 1993, S 9 ff.,</i></p>

Wie ging es mit der Frauenfrage nach dem 2. Weltkrieg weiter?

- 1945** Die Frauenarbeit der SPD nach Faschismus und Krieg wird von einem unglaublichen Optimismus getragen. Im SPD-Parteivorstand arbeitet Herta Gotthelf als gewähltes hauptamtliches Vorstandsmitglied bis 1958, gleichzeitig als Frauenbeauftragte und als Frauensekretärin der Partei.
- 1947** In den drei Westzonen und in Berlin wird zum ersten Mal wieder der Internationale Frauentag gefeiert.
- 1948** Im Parlamentarischen Rat gab es von 70 Mitgliedern nur 4 Frauen = 5,7 %.

Einer Frau davon, Elfriede Selbert, verdanken wir es, daß der Gleichberechtigungsparagraph überhaupt ins Grundgesetz kam.

- 05.10.1948** Antrag der SPD für das Grundgesetz "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" wurde zum erstenmal abgelehnt. Die CDU wollte nur die staatsbürgerlichen Rechte der Frau, wie sie schon in der Weimarer Verfassung standen. Gegen Gleichberechtigung in allen anderen Bereichen wehrte sie sich heftig.
- 03.12.1948** Elisabeth Selbert brachte den Antrag ein zweites Mal ein. CDU- und FDP-Fraktion leisteten jedoch weiterhin Widerstand. Die Öffentlichkeit wurde nun unter kräftigem Mitwirken von Elisabeth Selbert alarmiert.
- 19.01.1949** Der Artikel 3 des Grundgesetzes wurde schließlich angenommen.

Elisabeth Selbert

Männer und Frauen sind gleichberechtigt - dies ist der mittleren und der jungen Generation eine Selbstverständlichkeit. Darüber zu reden lohnt sich allenfalls, wenn Frauen Gleichbehandlung wieder einmal vorenthalten wird. Die Frau, der diese eindeutige Formulierung zu verdanken ist, war lange Zeit eine beinahe vergessene Persönlichkeit. Sie wurde fast 90 Jahre alt; aber erst in ihrem letzten Lebensjahrzehnt begann man, sich ihrer wieder zu erinnern. 1978 erhielt sie die höchste Auszeichnung ihres Heimatbundeslandes, 1983 wurde ein Preis nach ihr benannt für wissenschaftliche und journalistische Arbeiten im Sinne ihrer politischen Ziele; 1984 wurde sie Ehrenbürgerin ihrer Heimatstadt; 1987 wurde eine Briefmarke mit ihrem Portrait herausgegeben: geehrt wurde Elisabeth Selbert, eine der vier "Mütter des Grundgesetzes". Sie starb am 9. Juni 1986. [...]

Die Wiederentdeckung Elisabeth Selberts in den späten siebziger Jahren war kein Zufall. Die neue Frauenbewegung hatte sich aufgemacht. Sie suchte nach ihren Wurzeln, und sie suchte nach Leitbildern. Elisabeth Selbert war ein solches Leitbild - nicht nur wegen ihres entschiedenen Einsatzes für die Verankerung des Grundrechts auf Gleichberechtigung in der Verfassung. Auch ihr Lebenslauf wirkte als ermutigendes Vorbild für den Emanzipationskampf der jungen Frauen. [...]

Schon in den Anfangsjahren ihrer politischen Betätigung merkte Elisabeth Selbert, daß "Frauen, wie alle, die im Leben etwas leisten wollen, fundiertes Wissen bieten müssen". Deshalb setzte sie sich, nachdem ihre beiden Söhne geboren worden waren, mit 30 Jahren noch einmal auf die Schulbank, legte als Externe die Abiturprüfung ab und begann mit dem Studium der Rechtswissenschaften. Ihr Mann unterstützte sie; ihre Eltern nahmen ihr nach anfänglicher Irritation einen Teil der Sorge um die Kinder ab. [...]

Elisabeth Selbert war 1934 die letzte Frau, die in Deutschland als Juristin zur Anwaltschaft zugelassen wurde. Das war für sie ein Glück, denn sie konnte und mußte die Familie ernähren. Adam Selbert, der sozialdemokratische Kommunalbeamte, war von den Nazis schon 1933 seines Amtes enthoben worden. Die Kanzlei Selbert war in den folgenden Jahren weitgehend unpolitisch tätig; sie setzte ihren Schwerpunkt auf die Vertretung von Mandanten in familienrechtlichen Auseinandersetzungen. Elisabeth Selbert war keine aktive Widerstandskämpferin, aber sie stand in der NS-Zeit immer mit ihren zum Teil untergetauchten und illegal tätigen politischen Freunden in Verbindung. So gehörte sie bereits unmittelbar nach Kriegsende zu den Frauen der ersten Stunde, die herangezogen wurden, um an der Neugestaltung des Staatswesens mitzuwirken. [...]

65 Persönlichkeiten waren in den Parlamentarischen Rat nach Bonn berufen worden, darunter nur vier Frauen: Elisabeth Selbert und Frieda Nadig von der SPD, Helene Weber von der CDU und Helene Wessel vom Zentrum. Elisabeth Selbert, die sich selbst als "Familienrechtlerin aus Erfahrung und Staatsrechtlerin aus Passion" charakterisierte, dachte, sich im Parlamentarischen Rat ebenso vielseitig einzusetzen wie vorher in der Hessischen Landesversammlung. Dort hatte sie sich mit höchst unterschiedlichen Themen befaßt: die Reichseinheit, der Sitz des künftigen Landtags, die Wählbarkeit von Beamten, die Unabhängigkeit der Richter, das Versammlungsrecht, die Verstaatlichung der Grundindustrie, der Staatsnotstand, die Freiheit der Person, der Sinn von Strafe. Erst der Widerstand, den ihre Formulierung des Gleichberechtigungsprinzips hervorrief, machte aus Elisabeth Selbert eine wirkliche Vorkämpferin für Frauenrechte.

Die eindeutige Formulierung von Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz - Männer und Frauen sind gleichberechtigt - stieß anfangs, auch bei den Frauen im Rat, auf eine Ablehnung, wie sie sich Elisabeth Selbert absolut nicht hatte vorstellen können. Für sie war klar: "Wir müssen weitergehen als Weimar!" Weitergehen also als die den Frauen in der Weimarer Republik lediglich zugestandenen "gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten". [...]

Elisabeth Selbert mobilisierte die Öffentlichkeit. Unter den extrem schwierigen Bedingungen des kriegszerstörten und in Zonen aufgeteilten Deutschlands reiste sie "wie ein Wanderprediger von Versammlung zu Versammlung und erzählte den Frauen, was für eine Art Ausnahmegesetz sie zu erwarten hätten". Schließlich kamen waschkörbeweise Protestschreiben gegen jegliche Formulierung, die vieldeutige Auslegungen zu ließe. [...]

Auf die Initiative von Elisabeth Selbert geht auch die Übergangsregelung in Artikel 177 Grundgesetz zurück, nach der alle dem Gleichheitsprinzip entgegenstehenden Gesetze bis Ende März 1953 angepaßt sein mußten. Damit sollte das während der Ratssitzungen immer wieder herbeidiskutierte "Rechtschaos" vermieden werden. Daß der erste deutsche Bundestag diese Frist tatenlos verstreichen ließ, beurteilte Elisabeth Selbert erstaunlicherweise mit Nachsicht. Als der Gesetzgeber schließlich die Gesetzesanpassung aufnahm, beobachtete sie allerdings "mit Schmerz, wie manche versucht haben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen". [...]

Antje Dertinger, "Leitbild der neuen Frauenbewegung - Zum 100. Geburtstag und zum zehnten Todestag von Elisabeth Selbert"; in: informationen für die frau 6/96, S.10f

- 1949** Der 1. Deutsche Bundestag wurde gewählt:
von 410 Abgeordneten sind 29 Frauen = 7,1 %
- 1949-1953** Das Grundgesetz legte zwar fest, daß alle Paragraphen in geltenden Gesetzen, die dem Gleichheitsgebot widersprechen, bis zum 31. März 1953 anzugleichen sind. Der 1. Deutsche Bundestag erledigte diese Aufgabe jedoch nicht.
- 1951** Elisabeth Selbert forderte auf der Frauenkonferenz in Fulda die Beschleunigung der Eherechtsreform.
- 1953** Beschluß der Frauenkonferenz:
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - gegen Auswüchse der Rationalisierung und Technisierung
 - für die Verbesserung des Mutterschutzes
- 1958** Das Ehe- und Familienrecht im BGB wird durch ein Gleichberechtigungsgesetz geändert. Doch auch diese "Reform" schreibt die patriarchalische Auffassung von Ehe und Familie fest. Der Mann ist zuständig und verantwortlich für die Ernährung der Familie, die Frau ist vor allem verantwortlich für die Haushaltsführung.
- 1962/63** In diesen Jahren ist Frauenpolitik kein Thema für die SPD. Frauenanteil in der SPD geht zurück.
- 1965** Politisches Ziel der SPD ist die Verwirklichung des 3-Phasen-Rhythmus (Ausbildung / Berufstätigkeit - Kindererziehung - Wiedereintritt in den Beruf) im Leben einer Frau.
- 1966** Die SPD, seit 1966 mit Regierungspartei, setzt eine Reihe von Reformen durch, die das Verfassungsgebot der Gleichberechtigung der Verwirklichung näher bringen.
- 1968** Die SPD-Frauen verlangen eine eigene demokratische gewählte Organisation
- 1970** In den 70er Jahren, das zeigt nicht nur die Gründung der AsF, ist Frauenpolitik wieder ein Thema für die SPD.
Frauenanteil steigt auf 21 %.
- 01.07.1970** Die Rechtsstellung der nichtehelichen Kinder und ihrer Mütter wird der der ehelichen Kinder weitgehend angeglichen.
- 1972** Gründung der AsF auf Bundesebene, 1. Vorsitzende wird Elfriede Eilers.
Annemarie Renger wird Bundestagspräsidentin.
Im Grundsatzpapier der AsF heißt es: "Innerhalb der Partei ist ein Bewußtsein für die grundlegende Bedeutung der Frauenfrage noch kaum in Ansätzen vorhanden."
Frauen müssen Mandate erringen, damit sie ihre Forderungen innerhalb und außerhalb der Partei wirksam durchsetzen können.
- Ab**
01.01.1974 haben Mütter und Väter einen Anspruch auf Arbeitsbefreiung für 5 Arbeitstage im Jahr zur Betreuung eines Kindes unter 8 Jahren.
- Ab**
01.07.1976 gibt es ein neues Namensrecht

- 01.07.1977** Im BGB wird das Leitbild der Hausfrauenehe abgelöst durch die Vorstellung gemeinsamer Verantwortlichkeit beider Partner für Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit.
Die Ehescheidungsreform führt das Zerrüttungsprinzip ein und löst das Schuldprinzip ab.
- 1974** Der Bundestag beschließt auf Antrag der SPD die Neuformulierung des § 218 StGB in Form einer Fristenregelung.
Auf Antrag CDU-regierter Bundesländer verwirft das Bundesverfassungsgericht im Febr. 1975 diese Regelung.
- 21.07.1976** Ab diesem Zeitpunkt tritt dann eine geänderte Fassung des § 218, die Indikationsregelung, in Kraft.
- 1975** Das von den Vereinten Nationen (UNO) ausgerufene "Internationale Jahr der Frau" unter dem Motto "Gleichheit, Entwicklung und Frieden" gibt den Bemühungen um die Verwirklichung der Gleichstellung zusätzlichen Antrieb.
- Seit 1977** fordert die AsF die 30-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie fordert ein verbessertes Betriebsverfassungsgesetz und die Ausweitung der Mitbestimmung.
- 1982** Auf dem Münchener Parteitag hat sich die SPD endlich die Forderung nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu Eigen gemacht.
- 1983** Die Arbeitsmarktsituation und die durch den Regierungswechsel sich verschärfende soziale Lage der Frauen machen in den folgenden Jahren den Internationalen Frauentag zu einem bitter nötigen Kampftag für die bedrohten Rechte der Frauen. Dabei knüpfen die Sozialdemokratinnen nicht nur an die alte Gemeinsamkeit mit den Gewerkschafterinnen an, sondern sie suchen bewußt die Zusammenarbeit mit Feministinnen und autonomen Gruppen.
- Protest gegen die "Wendezeit"**
Das ist dringend notwendig, denn die neue konservative Regierung aus CDU/CSU und FDP bedroht immer mehr mit den Kürzungen im Sozialbereich, aber auch mit ihren Ankündigungen zur Revision des § 218 StGB und des Ehe- und Familienrechts die mühsam erreichten Frauenrechte.
- 1984** Für die Europawahlen können die SPD-Frauen nicht nur erhebliche Verbesserungen bei den Listenaufstellungen verbuchen - 25 % der sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten sind Frauen. Sie können auch erreichen, daß zum ersten Mal eine Frau, Katharina Focke, Spitzenkandidatin ist.
- 1985** Forderungen der AsF: Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, Sozialausbau, Beteiligung an der Politik, an Mandaten und Funktionen
- 1986** 75 Jahre Internationaler Frauentag:
Seit 75 Jahren begehen Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen den Internationalen Frauentag als einen Kampftag für die Rechte der Frauen und für die Internationale Solidarität. In diesen 75 Jahren ist viel erreicht worden. Die rechtliche Gleichstellung der Frau wurde durchgesetzt. Der Kampf um die tatsächliche Gleichstellung wird jedoch noch härter als der Kampf um die rechtliche Gleichheit. In ihren Beschlüssen zur Gleichstellungspolitik auf dem Nürnberger Parteitag fordert die SPD, den Anteil der Frauen an Mandaten, Ämtern und Funktionen in der Partei so zu steigern, daß noch in den 90er

Jahren der Anteil der Frauen an allen Funktionen und Mandaten grundsätzlich dem Bevölkerungsanteil entspricht.

Dieses Ziel sollte in drei Schritten erreicht werden:

- Zunächst muss der Frauenanteil auf den Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft angehoben werden, mindestens aber auf 25 %.
- Anschließend muß erreicht werden, daß mindestens jede 3. Position innerhalb der Partei von einer Frau besetzt wird.
- In einem 3. Schritt schließlich soll dafür gesorgt werden, daß die Frauenbeteiligung an Ämtern, Funktionen und Mandaten ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht.

**10.-11.10.
1987**

Erstmals in der Geschichte der SPD wurden auf dem Parteitag der bayerischen SPD in Regensburg die Führungsgremien mit der in der neuen Satzung zwingend festgeschriebenen Parität von Männern und Frauen gewählt: Dem Landesvorstand gehören nun 12 Beisitzerinnen und 12 Beisitzer an. In das Präsidium wurden ebenfalls 2 Frauen und 2 Männer gewählt.

§ 2.3 der neuen Satzung:

Zur Gleichstellung von Frauen und Männern sollen in allen von den Gliederungen zu beschickenden Gremien Frauen und Männer mit mindestens 40 % vertreten sein.

1988

Internationaler Frauentag 1988:

"Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden!"

**09.-10.07.
1988**

Der Bezirksparteitag in Nürnberg gibt sich eine neue Fassung:

Danach müssen Männer und Frauen mit je 40 % in den Vorständen vertreten sein.

Die fränkische SPD gibt sich außerdem einen Frauenförderplan, zu dessen Einhaltung sich alle Organisationen verpflichten.

30.08.1988

Der Bundesparteitag der SPD beschließt die Mindestabsicherung von Frauen und Männern bei Wahlen. Diese 40%-Quote für Mandate für Europa-/Bundestags-/Landtags- und Kommunalwahlen tritt stufenweise in Kraft:

ab 1990 25 %

ab 1994 33 1/3 %

ab 1998 40 %

08.03.1989

Der Internationale Frauentag 1989 ist für Frauen in der SPD zunächst ein Anlaß, der Einführung der Quotenregelung auf dem Münsteraner Bundesparteitag ein Jahr zuvor zu gedenken. Der Internationale Frauentag 1989 ist für die AsF nicht nur ein Kampftag, sondern auch Feiertag, ein Tag, um die unbestreitbaren Erfolge der letzten Jahre zu feiern. Im 70. Jahr nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland durch Sozialdemokraten hat die SPD mit der Einführung der Geschlechter-Quoten die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Frauen nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden können.

Aber wir dürfen uns nicht auf unseren Siegen ausruhen. Mit der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes kommen neue Herausforderungen auf die Frauen zu. Wir müssen verhindern, daß die Starken noch stärker, die Schwachen, Benachteiligten noch schwächer, noch mehr diskriminiert werden. Trotz der Initiativen des Europäischen Parlaments, trotz fortschrittlicher EG-Richtlinien sind Frauen in allen Ländern der EG benachteiligt. Die Benachteiligung ist in der reichen Bundesrepublik unangemessen hoch. Das gilt

insbesondere für den Arbeitsmarkt und die Kinderbetreuung. Wir müssen deshalb unsere nationalen Anstrengungen zur Gleichstellung drastisch verstärken.

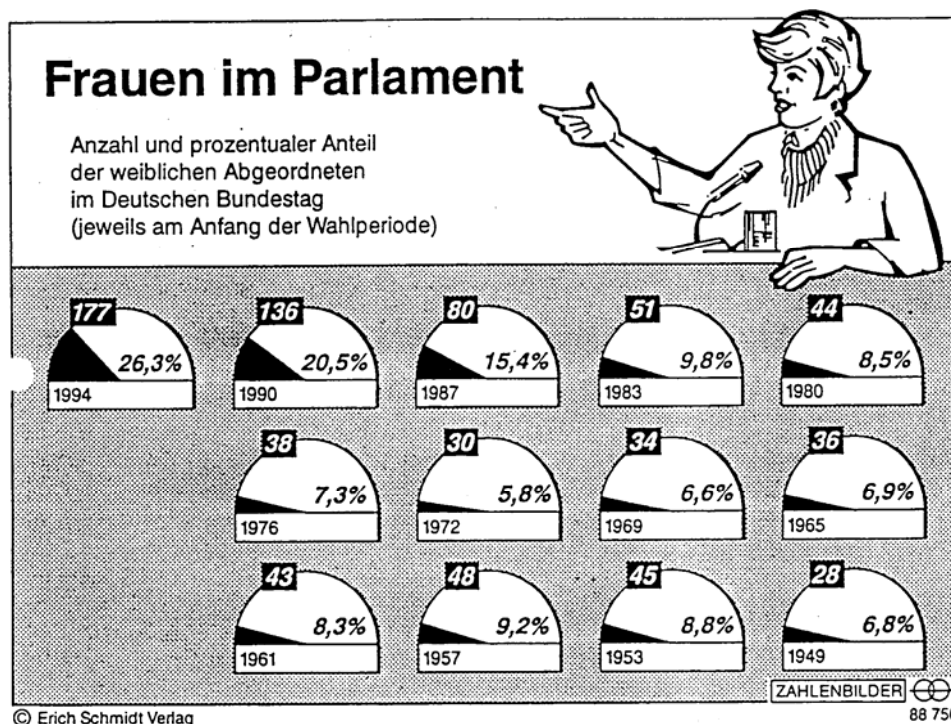
1991 1991 macht die Euphorie dem Realismus Platz, auch und gerade in den Augen der Frauen, die der Einheit Deutschlands durchaus vorsichtig optimistisch gegenüberstehen.

Inge Wettig-Danielmeier schreibt: "Die Teilung Deutschlands schien überwunden. Jetzt tritt die Teilung in ein reiches und ein armes Deutschland hervor. Der Teilung der DDR-Gesellschaft in eine schmale Schicht von Privilegierten und eine bereite Masse von Betrogenen schien überwunden. Jetzt tritt die nie überwundene Teilung zwischen Männern und Frauen wieder an die Oberfläche."

1992 Konservative Politiker und Teile der Wirtschaft verfolgen die erklärte Strategie, das Problem der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern durch Senkung der Frauenerwerbsquote zu lösen. Die AsF fordert deshalb die Beteiligung von Frauen an ABM- und Qualifizierungsmaßnahmen gemäß ihrem Anteil an den Arbeitslosen, die Abschaffung von Arbeitsplätzen ohne vollen Versicherungsschutz sowie Frauenfördermaßnahmen auch in der privaten Wirtschaft.

1994 Frauenanteil in der SPD nach der Bundestagswahl und Landtagswahl in Bayern:

Bundestag: 87 Frauen = 34,8%
 Landtag: 21 Frauen = 30 %



1995 Frauen sind die Lösung, nicht das Problem!

Zwanzig Jahre nach dem Internationalen Jahr der Frau, zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Nairobi, haben die Vereinten Nationen zur Vierten Weltfrauenkonferenz nach Peking eingeladen, um die Situation der Frauen in den Staaten der Welt zu analysieren und Forderungen an die nationale und internationale Frauenpolitik zu formulieren. 1975 - 1985 - 1995: Noch immer sind Frauen und Männer noch längst nicht gleichberechtigt: Auch nach 84 Jahren Internationaler Frauentag, nach 77 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland, 20 Jahre nach dem "Jahr der Frau" der Vereinten Nationen und 10 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Nairobi muß festgestellt werden,

daß die Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses als Grundlage für die Entwicklung einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft noch nicht erreicht ist. Der Begriff „**Gender Mainstreaming**“ wird geboren.

Die Stärkung der Daseinsmöglichkeiten für Frauen sind der Schlüssel für eine positive Entwicklung in der ganzen, einen Welt. Frauen sorgen in aller Welt für das (Über-)Leben der Menschen, in welcher (Zusammen-)Lebensform auch immer. Sie tragen vor allem die Verantwortung für die Zukunftschancen der Kinder. Ihre Zukunftschancen entscheiden daher über die Chancen zukünftiger Generationen. Ihre Probleme zu lösen heißt, dazu beitragen, die Probleme der Welt zu lösen. Daher: Frauen sind die Lösung, nicht das Problem!”

1996 Nicht nur für die Entwicklungsländer gibt es immer noch erhebliche Defizite - auch für die westliche Demokratie ist noch vieles einzufordern:

- Gleiche Möglichkeiten und Chancen für Frauen im Erwerbsleben.
- Rahmenbedingungen schaffen, um Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.
- Eigenständige soziale Sicherung von Frauen schaffen.
- Rechtliche Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften realisieren und die einseitige Privilegierung der Institution Ehe aufheben.
- Erreichen eines gesellschaftlichen Klimas der Achtung von Frauen und der Ächtung von Sexismus und Gewalt gegen Frauen.
- Die Hälfte der Macht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft - ohne wenn und aber.

10.03.1996 Nach den Kommunalwahlen haben wir **200** Mandatsträgerinnen in Mittel-franken

1998 Aufbruch in die Gleichstellungspolitik

Der Aufbruch in die Gleichstellungspolitik verlangt nach neuen Wegen und Kooperationsformen. Die SPD-geführte Bundesregierung setzt auf eine enge ressortübergreifende Abstimmung und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Die Gleichstellung von Frauen und Männern soll, wie auch im EG-Vertrag geregelt, als Querschnittsaufgabe – „Gender-Mainstreaming“ – gefördert werden.

Nach sechzehn Jahren frauen- und gleichstellungspolitischer Öde unter Kohl wird von der SPD-geführten Bundesregierung ein gesellschaftspolitisches Reformprojekt begonnen:

- Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist wieder auf 100% angehoben, was vor allem Frauen in Kleinbetrieben zugute kommt.
- Eindämmung von 630-DM-Jobs und Scheinselbständigkeit; erstmals Rentenanwartschaft durch geringfügige Beschäftigungen.
- Rentenkürzungen der alten Koalition werden ausgesetzt.
- Das Kindergeld wurde angehoben, der Eingangssteuersatz und Sozialversicherungsbeiträge gesenkt.

Der EU-Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft: Gleichstellungspolitik ist erstmals europäische Gemeinschaftspolitik und muß zum festen Bestandteil aller Politikbereiche werden.

2000

In Frankreich müssen die Wahllisten künftig zur Hälfte mit Frauen besetzt sein.

Die frauenpolitische Bilanz der Bundesrepublik Deutschland nach 16 konservativen Kohl-Jahren ist miserabel, aber die SPD-geführte Bundesregierung hat begonnen, dies zu ändern:

- Gewaltschutzgesetz/Wegweisegesetz schützt Frauen vor häuslicher Gewalt.
- Bundeserziehungsgeldgesetz für mehr Gleichberechtigung und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Lebenspartnerschaftsgesetz stellt gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften auf sichere rechtliche Grundlage
- Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge werden neu geregelt und schaffen mehr Rechtssicherheit und Chancengleichheit von Frauen und Männern
- Änderung des Grundgesetzes erlaubt Frauen den freiwilligen Waffendienst.
- Geplante Rentenreform will eigenständige Alterssicherung von Frauen ausbauen. Die steuerfinanzierte, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung beugt Altersarmut vor.

2001

Die Frauenrechte sind 52 Jahre nach der Festschreibung der Gleichberechtigung im Grundgesetz immer noch nicht verwirklicht. Aber unter der SPD-geführten Bundesregierung beginnen alte Verkrustungen endlich aufzubrechen. Speziell in Bayern gehen die frauenpolitischen Uhren aber noch immer anders. Der „Zukunftskommissionsbericht“ der bayerischen und sächsischen Regierung zeichnet ein verstaubtes Frauenbild, das Frau die Nackenhaare sträuben lässt.

Frauen haben viel erreicht, aber Zeit zum Ausruhen bleibt dennoch nicht. Der Internationale Frauentag, eine Initiative deutscher Sozialdemokratinnen, wurde vor 90 Jahren erstmals begangen, um die internationale Solidarität der Frauen im Kampf um die Gleichstellung zu bekunden und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

An diesem 90. Geburtstag steht der internationale Frauentag unter dem Motto „Vom Frauenwahlrecht zum Gender Mainstreaming“. Der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 verdanken wir dieses Prinzip, das die eigentliche Herausforderung des neuen Jahrhunderts ist. Die Europäische Union legt dieses Prinzip bereits an und auch die Bundesregierung hat es in die Geschäftsordnung aufgenommen.

Wenn „Gender Mainstreaming“ Schule macht und Interessen, Bedürfnisse, Ansichten und Erfahrungen von Frauen und Männern in allen Bereichen Eingang finden, dann sind wir auf dem richtigen Weg zur Geschlechterdemokratie.

2003

Am 1. Januar 2003 trat das Grundsicherungsgesetz in Kraft. Von Altersarmut waren insbesondere Frauen betroffen, wenn weder eigene Rentenansprüche noch die Hinterbliebenenversorgung ausreichen, um einen angemessenen Lebensstandard im Alter zu sichern. Seit dem 1. Januar 2003 haben sie einen Anspruch auf die neue bedarfsorientierte soziale Grundsicherung. Der bisherige Unterhaltsrückgriff auf die Kinder entfällt ebenso wie der Gang zum Sozialamt. Damit hat die SPD-geführte Bundesregierung den Mechanismus der verschämten Altersarmut von Frauen durchbrochen.

Damit Familie und Beruf für Frauen besser vereinbar werden, hat die Bundesregierung 4 Milliarden Euro zur Schaffung von zusätzlichen Ganztagschulplätzen bereitgestellt.

Frauen im Bayerischen Landtag seit 1946 (Stand: 21.09.2003)																
Fraktionen	1946	1950	1954	1958	1962	1966	1970	1974	1978	1982	1986	1990	1994	1998	2003	
	180	204	204	204	204	204	204	204	204	204	204	204	204	204	180	
CSU	4	1	2	3	6	4	10	9	7	9	10	11	14	17	22	
SPD	1	4	3	3	4	4	3	4	7	7	9	12	21	23	17	
FDP	-	1	1	1	1	-	3	1	1	-	-	2	-	-	-	
GRÜNE	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-ab 1986 s. B90/Grüne					
B90/Grüne											9	6	8	9	9	
Fraktionlos														1		
Gesamt	5	7	6	7	11	8	16	14	15	16	28	31	43	50	48	
v. H.	2,7	3,4	2,9	3,4	5,3	3,9	7,8	6,8	7,4	7,8	13,7	15,2	21,1	24,5	26,7	

Die CSU stellt von 124 Sitzen nur 22 Frauen, was einem Anteil von 17,7 Prozent entspricht, die Grünen von 15 Sitzen 9 Frauen (60 Prozent) und die SPD von 41 Sitzen 17 Frauen (41,5 Prozent).

2004 Mit dem Vorschlag der EU-Kommission für die neue Anti-Diskriminierungs-Richtlinie wird die Europäische Union zum Vorreiter für Unisex-Tarife. Endlich sind die Ungleichheiten aufgrund des Geschlechtes bei Gütern und Dienstleistungen beseitigt worden. Damit ist ein zweiter großer Durchbruch nach der Richtlinie zur Gleichstellung am Arbeitsplatz erzielt. Die neue Richtlinie geht klar auf die Initiative der "Brüssler Frauen" zurück. Deshalb brauchen wir noch mehr Frauen in der Politik:

Europa wird weiblich: Am 13.06.2004 fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, in dem nun 25 Länder vertreten sind. Deutschland schickt von 99 Abgeordneten 31 Frauen nach Brüssel (31,3%). Insgesamt beträgt der Frauenanteil unter den Parlamentariern 30,2%.

2005 Das Bayerische Gleichstellungsgesetz wird im Jahr 2006 auslaufen, sofern die CSU-Staatsregierung nicht rechtzeitig einen Gesetzentwurf für die Verlängerung dieses Gesetzes im Landtag vorlegen wird. Das Bayerische Gleichstellungsgesetz ist ein wesentlicher Grundstein für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern, daher kämpfen wir nicht nur für seine Verlängerung sondern auch um dessen Verbesserung.

Zusammensetzung des Deutschen Bundestages nach der Wahl am 18.09.2005: Frauen und Männer

Fraktion	Frauen	Männer	gesamt
<i>Der Frauenanteil beträgt 31.6% (2002: 32,5%)</i>			
CDU/CSU	45	181	226
SPD	80	142	222
FDP	15	46	61
DIE LINKE.	25	29	54
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	29	22	51
Bundestag gesamt	194	420	614

2006 Gleichstellungsgesetz: Auf Druck von Frauen aus ganz Bayern wurde erreicht, dass das ursprünglich bis 30.06.2006 befristete Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeitet wird und in seiner geänderten Form unbefristet Gültigkeit erhält. Das Bayerische Gleichstellungsgesetz ist ein wesentlicher Grundstein für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern, daher kämpfen wir nicht nur für seine Verlängerung sondern auch für dessen Verbesserung. Der SPD-Landtagsfraktion ist es aufgrund der 2/3 Mehrheit der CSU leider nicht gelungen, den Finanzierungsvorbehalt aus dem Gesetz zu streichen und die Unterscheidung zwischen Gleichstellungsbeauftragten und Ansprechpartnern aufzuheben.

Außerdem forderten wir, dass Frauen bei Einstellungen und Beförderungen be-

vorzugt zu berücksichtigen sind und Gleichstellungsbeauftragte mindestens mit der Hälfte der Regelarbeitszeit beschäftigt werden müssen.

Der 3. Gleichstellungsbericht hatte gezeigt, dass etwa 20 Prozent der Gleichstellungsbeauftragten für ihre Tätigkeit überhaupt nicht freigestellt sind. In Führungspositionen sind Frauen in Bayern nach wie vor unterrepräsentiert. Der Frauenanteil bei Neubesetzung von Führungspositionen ist mit 20 Prozent gegenüber 23,6 Prozent im Jahr 2002 deutlich gesunken. Es gibt einen Grundstock an Dienststellen und Einrichtungen, die sich in wichtigen Aspekten den Vorgaben des Gleichstellungsgesetzes durch „Abducken“ entziehen. Der Bericht zeigt auf, dass sich Gleichstellung in Bayern wie „eine Schnecke auf Glatteis“ bewegt. Deshalb hätten wir uns zum 95. Internationalen Frauentag 2006 endlich ein Gleichstellungsgesetz mit Biss gewünscht.

Vereinbarkeit Familie und Beruf: Die CSU und die Bayerische Staatsregierung haben nunmehr ihren Widerstand aufgegeben und die Notwendigkeit besserer Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen, zumindest theoretisch, eingesehen. Allerdings schafft das neue Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) neue Hürden und auch die unzureichende Finanzierung des 8-jährigen Gymnasiums (G8) zeigt, wie halbherzig die neuen Erkenntnisse umgesetzt werden. Eltern können künftig ihre Kinderbetreuungskosten in erheblich größerem Umfang als bisher steuerlich geltend machen. Vom ersten Euro an werden 2/3 aller Kosten bis zu einer Obergrenze von 4.000 Euro pro Kind im Jahr berücksichtigt. Damit wird die zusätzliche Förderung - wie von der SPD gefordert - im Wesentlichen auf Berufstätige mit erhöhtem Betreuungsaufwand konzentriert. Ebenso konnte erreicht werden, dass auch Alleinerziehende und Eltern mit relativ geringem Einkommen von den Entlastungen profitieren.

Die Frau in der Zukunft (wie Bebel sie gesehen hat)

„Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Manne als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschicke.

Ihre Erziehung ist der des Mannes gleich, mit Ausnahme der Abweichungen, welche die Verschiedenheit des Geschlechts und ihre geschlechtlichen Funktionen bedingen; unter naturgemäßen Lebensbedingungen lebend, kann sie ihre physischen und geistigen Kräfte und Fähigkeiten nach Bedürfnis entwickeln und bestätigen“

Und wie schaut es 2007 aus?

Elterngeld: Die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt (SPD) hat es erfunden, die Große Koalition hat es nun eingeführt. Ab 01.01.2007 hat das neue Elterngeld das bisherige Erziehungsgeld ersetzt. Das neue Elterngeld ist ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bringt zahlreiche Verbesserungen, die den veränderten Lebensumständen und Wünschen junger Familien gerecht werden. Das Elterngeld leistet einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter, da auch Väter, auf deren höheres Einkommen die Familien oft nicht verzichten konnten, erstmals eine echte Chance auf eine Babypause haben.

SPD-Frauen fordern Mindestlohn – 7,50 Euro sind das Minimum: Auch 2007 ist „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ noch immer ein Ziel, für das sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) verstärkt einsetzt. Wir wollen Existenz sichernde Einkommen, die Entwicklung hin zu einer wachsenden Zahl der so genannten „working poor“, die trotz Erwerbseinkommen unter der Armutsgrenze leben müssen, muss gestoppt werden.